

EU plant Wiederaufrüstung

Brüssel/Washington (AFP). Zwei Tage vor einem EU-Krisengipfel zur Ukraine am Donnerstag hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen „Plan zur Wiederaufrüstung Europas“ vorgeschlagen. Der Fünf-Punkte-Plan umfasst eine Lockerung der Schuldenregeln sowie verschiedene Anreize zur Steigerung der Verteidigungsausgaben, wie von der Leyen (Foto: Virginia Mayo/AP/dpa) am Dienstag in Brüssel sagte.



U. von der Leyen

Insgesamt könne Europa so „nahezu 800 Milliarden Euro“ mobilisieren, sagte sie. Damit könne die EU sofort ihre Militärhilfe für die Ukraine steigern. Zudem schlug die EU-Kommissionspräsidentin vor, die europäischen Schuldenregeln mittels einer nationalen Ausnahmeklausel zu lockern. Dies könne „fiskalischen Spielraum von nahezu 650 Milliarden Euro über einen Zeitraum von vier Jahren schaffen“, sagte von der Leyen. Dies gelte, wenn Mitgliedsländer ihre Verteidigungsausgaben im Schnitt um 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) steigerten.

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) begrüßte von der Leyens Plan. Für Frieden durch Stärke seien zwei Dinge essentiell, schrieb die Ministerin in Onlinediensten: Zusätzliche militärische und finanzielle Hilfen für die Ukraine sowie ein „Quantensprung zur Stärkung unserer europäischen Verteidigung“. Die Vorschläge der EU-Kommissionspräsidentin seien dafür ein wichtiger Schritt, betonte Baerbock.

US-Präsident Donald Trump hatte am Montag nach Angaben eines Mitarbeiters im Weißen Haus angeordnet, die Militärhilfen der USA für die Ukraine auszusetzen. Damit erhöhte er den Druck auf Kiew. ■ Kommentar, Seite 5

Käsekuchen ist der Verkaufsschlager

Karlsruhe (mid). Der Schichtkäse ist wieder in aller Munde – buchstäblich. In den Supermarkt-Regalen ist er zwar verschwunden. Doch im Bio-Hofgut Schleinkofer in Rüppurr wird das beliebte Produkt wieder hergestellt. Im Backlädle Thomashof bei Karlsruhe wird der lange vermisste Schichtkäse aus Rüppurr wieder für den traditionellen badischen Käsekuchen genutzt. Denn der verleiht dem Kuchen besondere Konsistenz und Geschmack. Das sorgt für Begeisterung bei den Kunden. ■ Lokales

WETTER

-1° | 15°



morgens



mittags



abends

SERVICE

service.bnn.de/kontakt

0721 78972

HIER FINDEN SIE UNS:

bnn.de

bnn.de/facebook

bnn.de/instagram



Einzelpreis: Montag – Freitag € 3,30 | Samstag € 3,50



Die Hälfte der Bevölkerung befürwortet höhere Ausgaben in bestimmten Bereichen, selbst wenn dies eine höhere Verschuldung bedeutet. Nur 36 Prozent möchten am Ziel festhalten, die Verschuldung nicht zu erhöhen. Foto: Patrick Pleull/dpa

Genug gespart

Mehrheit im Land bekennt sich zu Ausweitung von Investitionen

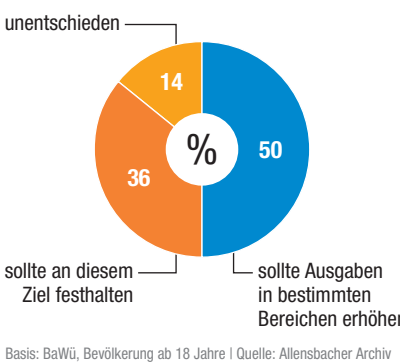
Von Sibylle Kranich

Karlsruhe/Stuttgart. Die Hälfte der Baden-Württemberger spricht sich für eine Lockerung der Schuldenbremse aus, um wieder mehr Geld in wichtige Bereiche investieren zu können. Dies geht aus der aktuellen Umfrage des Allensbach Instituts im Auftrag mehrerer Tageszeitungen im Land hervor: Die Ergebnisse des neuesten Baden-Württemberg-Checks zum Thema „Sparen und Verzicht“ zeigen auch, dass die Bürger die finanzielle Situation des Landes zunehmend kritisch einschätzen. Während im Sommer 2022 noch 47 Prozent der Baden-Württemberger die Landesfinanzen positiv bewerteten, glaubt heute nur noch gut jeder Dritte, dass das Land finanziell komfortabel aufgestellt ist. Dagegen sehen inzwischen 54 Prozent die finanzielle Lage kritisch – ein deutlicher Anstieg gegenüber den 36 Prozent von vor knapp drei Jahren.

Besonders Frauen blicken skeptisch in die Landeskasse: 58 Prozent bewerten die finanzielle Situation negativ, während bei den Männern nur jeder Zweite dieser Ansicht ist. Angesichts dieser Ent-

Mehrheit für begrenzte Neuverschuldung

„Das Land hat sich dazu verpflichtet, keine neuen Schulden aufzunehmen. Sollte man Ihrer Meinung nach an diesem Ziel festhalten, oder sollte Baden-Württemberg angesichts der aktuellen Herausforderungen seine Ausgaben in bestimmten Bereichen erhöhen, auch wenn dadurch die Verschuldung ansteigt?“



wicklung gewinnt die Debatte an Schärfe, ob wachsende und kostenintensive Anforderungen durch Einsparungen oder durch neue Schulden finanziert werden sollten.

Die Umfrage zeigt: Die Hälfte der Bevölkerung befürwortet höhere Ausgaben in bestimmten Bereichen, selbst wenn dies eine höhere Verschuldung bedeutet.

Nur 36 Prozent möchten am Ziel festhalten, die Verschuldung nicht zu erhöhen.

Besonders deutlich wird der Handlungsdruck bei den Prioritäten der Bürger: Über 90 Prozent fordern mehr Investitionen in Krankenhäuser, Sozialstationen und die Ausstattung von Schulen. Zwischen 81 und 86 Prozent wünschen mehr Mittel für die Verkehrsinfrastruktur, die Polizeiausstattung und Kinderbetreuungseinrichtungen. Drei Viertel der Bevölkerung sehen Handlungsbedarf beim Wohnungsbau und öffentlichen Nahverkehr; 70 Prozent bei öffentlichen Einrichtungen wie Schwimmbädern und Büchereien. Auch die Wirtschaftsförderung sollte nach Ansicht von knapp zwei Dritteln der Bürger ausgeweitet werden.

Einsparungen werden in drei Bereichen mehrheitlich befürwortet: bei lokalen Klimaprojekten wie dem Ausbau von Radwegen, bei der Unterstützung von Sportvereinen sowie bei der Förderung von Kultureinrichtungen wie Theatern und Museen. Diese Bereiche machen jedoch einen deutlich geringeren Anteil der staatlichen Ausgaben aus als jene, in denen die Bevölkerung eine Ausweitung der Investitionen fordert. Die Ergebnisse verdeutlichen: Sowohl das Land als auch die Kommunen stehen unter enormem Erwartungsdruck bei gleichzeitig angespannter Haushaltslage – ein Spannungsfeld, das die politischen Entscheidungsträger vor große Herausforderungen stellt. ■ Südwestecho

Einigung auf Sondervermögen

Berlin (dpa). Union und SPD wollen Milliardenkredite für Verteidigung und Infrastruktur ermöglichen. Das kündigten die Verhandlungsteams nach drei Sondierungsrunden am Abend in Berlin an. Zum einen solle die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse für bestimmte Verteidigungsausgaben gelockert werden, sagte CDU-Chef Friedrich Merz. Außerdem solle ein Sondervermögen für die Instandsetzung der Infrastruktur mit 500 Milliarden Euro geschaffen werden.

Beide Beschlüsse sollen wegen der komplizierten Mehrheitsverhältnisse noch vom alten Bundestag getroffen werden. Allein haben Union und SPD auch dort nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit für eine Grundgesetzänderung. Sie brauchen daher Stimmen von Grünen oder FDP.

Union und SPD wollen auch Reform der Schuldenbremse

„Angesichts der Bedrohungen unserer Freiheit und des Friedens auf unserem Kontinent muss jetzt auch für unsere Verteidigung gelten: whatever it takes“, sagte Merz. Deshalb sollten diejenigen Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse ausgenommen werden, die über einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen. Das sei aber nur zu verkraften, wenn die Wirtschaft binnen kürzester Zeit wieder auf einen stabilen Wachstumskurs zurückkomme. Dafür müsse die Infrastruktur verbessert werden. „Die notwendigen Mittel dazu können nicht allein aus den laufenden Haushalten des Bundes, der Länder und der Gemeinden finanziert werden“, sagte Merz. Das geplante kreditfinanzierte Sondervermögen solle über zehn Jahre laufen. Außerdem sollen auch die Länder die Möglichkeit bekommen, mehr Schulden zu machen. Ihre Schuldenbremse, die bisher besonders streng ist, soll an die etwas flexiblere Bundesregelung angepasst werden. ■ Seite 6

Volocopter stellt Belegschaft frei

Bruchsal (red/dpa). Der angeschlagene Flugtaxi-Hersteller Volocopter hat alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freigestellt. „Wir bestätigen, dass es gestern eine Mitarbeitenden-Versammlung gab, in der alle Mitarbeitenden darüber informiert wurden, dass sie mit sofortiger Wirkung freigestellt werden“, sagte eine Sprecherin des Unternehmens und bestätigte damit einen entsprechenden Bericht unserer Redaktion vom Vortag. Betroffen sind demnach um die 450 Menschen. „Gleichwohl sucht man weiterhin nach einer Lösung, Gespräche finden statt“, erklärte die Sprecherin gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. Aussagen über die Zukunft des Bruchsaler Unternehmens gebe es daher nach wie vor keine. ■ Wirtschaft

Schach-Hose für 36.100 US-Dollar

New York (dpa). Für 36.100 US-Dollar hat Schachprofi Magnus Carlsen seine Jeans verkauft, die bei der vergangenen Schnellschach-WM für einen Eklat gesorgt hatte. Der Norweger hatte im Dezember 2024 das Turnier in New York in Jeans bestritten, was den Teilnehmern untersagt war. Carlsen erhielt vom Veranstalter zunächst eine Geldstrafe von 200 US-Dollar und ein Ultimatum, sich umgehend umzuziehen. Carlsen weigerte sich und wurde daraufhin disqualifiziert. Nach vielen Gesprächen mit dem Weltverband Fide kehrte Carlsen jedoch zur direkt im Anschluss stattfindenden Blitzschach-WM zurück. Die Jeans gab der 34-Jährige Mitte Februar zur Versteigerung auf Ebay frei. Carlsen schrieb auf X: „Der gesamte Erlös geht an das Big Brothers Big Sisters Programm.“

Motiv für Amokfahrt unklar

Richter in Mannheim erlässt Haftbefehl gegen 40-jährigen Täter

Mannheim (epd). Nach der Todesfahrt von Mannheim ist Haftbefehl wegen zweifachen Mordes und mehrfachen versuchten Mordes gegen den 40 Jahre alten Autofahrer erlassen worden. Bei seiner Vorführung beim Haftrichter habe er keine Angaben gemacht, so dass sein Motiv für die Tat weiterhin unklar sei, teilten die Staatsanwaltschaft Mannheim und das LKA Baden-Württemberg mit.

Die Ermittler sind überzeugt, dass der Deutsche aus Ludwigshafen am Rosenmontag mit seinem Wagen durch die Mannheimer Fußgängerzone gerast und absichtlich auf Menschen zugefahren ist. Eine 83-jährige Frau und ein 54-jähriger Mann kamen ums Leben. Elf Menschen wurden verletzt, fünf von ihnen schwer. Nach der Attacke war der Mann verletzt in ein Krankenhaus gekommen. Bei seiner Festnahme soll er sich mit einer Schreckschusspistole in den Mund geschossen haben. ■ Sonderseiten



Kerzen und Blumen liegen am Paradeplatz in Mannheim. Am Montag war ein Auto in eine Menschenmenge gefahren. Foto: Uwe Anspach/dpa